


Im Auftrag der rheinland-pfälzischen Landesregierung ist Innenminister Bruch schon viermal nach Washington gereist – außer Spesen nichts gewesen!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 012/05 – 05.05.05**



**Ich will dafür sorgen, dass die
amerikanischen Soldaten und
ihre Familien gut und sicher in
Deutschland leben können.**

Und die Rheinland-Pfälzer, die sie bezahlen, Herr Minister?

Fundsachen

Mainz sucht Investoren für US-Unterkünfte – Regierung will Militärstandorte langfristig sichern

Ein Bau- und Modernisierungsprogramm für die Unterkünfte von US-Soldaten in Rheinland-Pfalz soll langfristig den möglichen Abzug weiterer Truppen aus dem Land verhindern. Private Investoren sollen demnach die so genannten Housing-Areas der Stützpunkte in Ramstein, Spangdahlem und Baumholder auf Vordermann bringen, im Gegenzug würden die Streitkräfte sich als Mieter der Häuser und Wohnungen auf mehrere Jahre binden. (RHEINPFALZ, 26.09.03)

Aus einer Antwort des Innenministers Zuber auf eine kleine Anfrage der Grünen zu einer USA-Reise des Innenstaatssekretärs Bruch im März 2004:

Wie Gespräche mit der US-Seite erkennen lassen, könnte eine qualitative Hilfe zur Verbesserung der Standortbedingungen und zu größeren Wirtschaftlichkeiten nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Standortsicherheit und damit in Verbindung stehende Garantien haben. ... In enger Abstimmung mit der Deutschen Botschaft hat eine vom Innenministerium beauftragte amerikanische Anwaltsfirma die Deutsche Botschaft bei der Vorbereitung und Durchführung der Reise unterstützt. Dazu zählte auch die Vereinbarung von Gesprächsterminen. ... Für die ... Organisation des Besuches wurden (der Anwaltsfirma) Piper Rudnick insgesamt 230 000,00 US-Dollar (190 037,61 €) gezahlt. ... Die Anwaltsfirma Piper Rudnick war bereits bei der Vorbereitung und Durchführung der Reise von Staatssekretär Bruch nach Washington im September 2003 ... eingebunden. (Landtags-Drucksache 14/3232 vom 16.06.04)

Karl Peter Bruch und seine Bemühungen um das Wohlergehen der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz:

Eines seiner Schwerpunktthemen ist für die Pfalz besonders interessant: die US-Stationierungsstreitkräfte samt Flugplatzausbau in Ramstein. (RHEINPFALZ, 29.01.05) Als er (Staatssekretär Bruch) im vergangenen Herbst zu Sondierungsgesprächen (in den USA) über die Zukunft der Militärstandorte in Rheinland-Pfalz weilte, ... wollte er sein Meisterstück abliefern. Fertig ist es allerdings noch nicht, denn wie es mit den Umstrukturierungen weitergeht, ist noch unklar, wie Ministerpräsident Beck gestern nach dem Bush-Besuch resümierte. (RHEINPFALZ, 25.02.05) Als wichtig hob er (Innenminister Bruch) hervor, dafür zu sorgen, dass die (amerikanischen) Soldaten und ihre Familien gut und sicher in Deutschland leben könnten. ... Für April kündigte er eine weitere Reise in die Staaten an. Er wolle dabei die Standortfrage Baumholder erörtern. Ramstein und Spangdahlem bezeichnete er als sichere Bank. (RHEINPFALZ, 02.03.05) Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) bricht heute zu einem einwöchigen USA-Aufenthalt auf. Nach der Präsidentschaftswahl gehe es darum, sich mit einigen neuen Verantwortlichen für Standortfragen bekannt machen. So würden auf Arbeitsebene die Gespräche über die Zukunft des Truppenübungsplatzes Baumholder fortgesetzt. ... Inwieweit die Amerikaner den Standort weiter nutzen wollen, ist noch unklar. Konkrete Ergebnisse erwarte er in dieser Sache aber nicht, so Bruch. (RHEINPFALZ, 09.04.05)

US-Streitkräfte wollen 500 Häuser anmieten – Bruch: In Landstuhl größeres Wohngebiet geplant

In den Gesprächen der Landesregierung mit den US-Streitkräften kommt Bewegung. So sollen unweit des US-Hospitals in Landstuhl 500 neue Häuser von deutscher Hand privat finanziert und dann an US-Soldaten vermietet werden. ... Investoren müssten auf eigene Rechnung die Häuser und mit den US-Streitkräften die Finanzen klären. Bereits am 26. April will eine US-Delegation vor Ort die Gegebenheiten prüfen. Nach Bruchs Angaben werden im ganzen Land insgesamt 2000 neue Unterkünfte für US-Soldaten benötigt. Sowohl Landstuhl als auch Ramstein und Spangdahlem (Eifel) bleiben nach seinen Informationen auf lange Sicht US-Standorte. (RHEINPFALZ, 20.04.05)

Becks Bruchlandung – Landesregierung scheitert bei Sicherung von US-Standorten in Rheinland-Pfalz

Als im Sommer 2003 gemeldet wurde, die USA beabsichtigten, viele Truppenteile aus Rheinland-Pfalz abzuziehen und Standorte ganz zu schließen, herrschte in Mainz große Aufregung. Die Landesregierung hätte sich wie viele Rheinland-Pfälzer eigentlich darüber freuen müssen und nach jahrzehntelanger erdrückender US-Militärpräsenz endlich mit der großangelegten Realisierung nachhaltiger ziviler Alternativen beginnen können. Ohne militärische Belastungen durch US Truppen, ohne zusätzlichen militärischen Fluglärm und ohne ständig wachsende Umweltschäden, ohne Lagerorte für Atomwaffen und andere gefährliche Munition und ohne andauernde Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung, wären endlich alle touristischen und sonstigen wirtschaftlichen Ressourcen des Landes auszuschöpfen gewesen.

Aber Ministerpräsident Beck mit seiner SPD/FDP-Ministerriege ließ die günstige Gelegenheit zu Verhandlungen über einen beschleunigten und möglichst vollständigen Abzug aller US-Streitkräfte ungenutzt verstreichen und suchte stattdessen fieberhaft nach einem verlockenden Angebot, um die US-Truppen möglichst in bisheriger Stärke im Land zu halten: Damit sich die US-Militärs auch weiterhin besonders wohl bei uns fühlen könnten, sollten neue, noch komfortablere Wohnungen und Häuser für sie gebaut werden. Weil wegen der ohnehin angespannten Haushaltslage Landesmittel dafür nicht zur Verfügung standen, kamen die Herrschaften in Mainz auf die glorreiche Idee, das für die Amerikaner völlig kostenlose Bau- und Modernisierungsprogramm von Privatleuten finanzieren zu lassen.

Insgesamt viermal – im September 2003, im März und Herbst 2004, im April 2005 – ging Herr Bruch – erst noch als Staatssekretär, zuletzt als Innenminister – mit diesem für die US-Streitkräfte sehr vorteilhaften Sonderangebot in Washington hausieren. Trotz seines wertvollen „Geschenkpaketes“ wurde er nicht mit offenen Armen empfangen. Damit er überhaupt in irgendwelchen Hinterzimmern des Pentagons Gespräche führen konnte, musste die Landesregierung viel Geld auf den Tisch einer US-Anwaltsfirma blättern. (s. Fundsachen)

Erst nach der vierten USA-Reise konnte Herr Bruch – inzwischen nicht nur Innenminister, sondern auch US-Ehrenoberst – einen „Teilerfolg“ seines unermüdlichen Einsatzes vermelden. Die US-Streitkräfte haben seine großzügige Offerte endlich angenommen: In der Nähe ihres Militärhospitals in Landstuhl darf ihnen der Innenminister ein „Sequoia-Village“ mit 500 Komforthäusern bauen lassen. „Sequoia gigantea“ ist der lateinische Name für die riesigen unter Naturschutz stehenden Mammutbäume an der Langwiedener Strasse dicht bei der US-Schießanlage. Die Landstuhler müssen sich darauf einstellen, bald ausgesperrt zu werden und weitere Waldgebiete – auch für einen neuen Schießplatz – zu verlieren. Von einer Zusage über die Beibehaltung des US-Standortes Baumholder, die Herr Bruch eigentlich von seiner vierten Reise aus den USA mit nach Hause bringen wollte, wird noch nicht einmal mehr geredet. In puncto „Standortsicherheit und damit in Verbindung stehenden Garantien“ kam Herr Bruch mit leeren Händen zurück.

Nach dem Mainzer Modell sollen für die US-Streitkräfte ohne jede Gegenleistung noch weitere 1500 Häuser in Rheinland-Pfalz gebaut werden. Dabei haben sich die US-Militärs noch nicht einmal auf einen Zeitrahmen für ihren weiteren Verbleib in unserem Land festlegen lassen. Die Zeitangaben der Landesregierung reichen von „mehreren Jahren“ bis „auf lange Sicht“. Welche Bank und welcher im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befindliche private Investor kann sich unter diesen Voraussetzungen darauf einlassen, bei einer auf 10 bis 20 Jahre kalkulierten Finanzierung plötzlich ohne Mieteinnahmen auf faulen Krediten und einem Berg von Schulden sitzen gelassen zu werden? Nach den

„Geschenken“ des Herrn Bruch werden die US-Streitkräfte in Finanzverhandlungen mit potentiellen Investoren das gleiche Entgegenkommen erwarten und sich nicht auf Dauermietverträge ohne vorzeitiges Kündigungsrecht und ohne Ausstiegsklauseln festlegen lassen. Die Landesregierung handelt unverantwortlich und grob fahrlässig, weil sie gutgläubige Anleger in dieses Risiko zu treiben versucht. Wenn sie eine Landesbürgschaft für entgangene Mieteinnahmen übernimmt, hätten am Ende alle Rheinland-Pfälzer die Zeche für Becks und Bruchs einfalls- und perspektivlose Gefälligkeitspolitik zu bezahlen.

Die US-Streitkräfte freuen sich natürlich darüber, wenn noch mehr Soldaten mit ihren Familien in neuen Häusern und eingezäunten Arealen dicht bei Militäranlagen wie der Air Base Ramstein wohnen können, die sie freiwillig ohnehin nicht so bald aufzugeben gedenken. Sie lassen deshalb auch in der Housing Area auf der Vogelweh Wohnblocks abreißen und 350 Einfamilienhäuser bauen. Das hindert sie aber nicht daran, nicht mehr benötigte Einrichtungen und Standorte zu schließen und einzelne Truppenteile, wie lange geplant, aufzulösen oder in die USA oder weiter östlich liegende neue NATO-Staaten zu verlegen.

Wenn Präsident Bush die US-Truppenstärke in Europa von 62.000 auf 24.000 Soldaten verringert, wie General Bell, der Oberkommandierende der US-Landstreitkräfte in Europa mitteilte (RHEINPFALZ, 13.04.05), wenn die US-Air Force sich um 22.000 Personen verkleinert (Kaiserslautern American, 22.04.05), werden auch aus der Region Kaiserslautern US-Soldaten mit ihren Familien wegziehen. Viele der jetzt noch im Donnersberg-Kreis und in den Kreisen Pirmasens, Kusel und Kaiserslautern von deutschen Eigentümern an US-Familien vermietete Wohnungen und Häuser werden dann leer stehen, weil die hier verbleibenden Amerikaner dann in neuere Häuser nahe bei ihren Arbeitsplätzen umziehen.

Mancher Häuslebauer, dessen Baufinanzierung sich nur mit hohen Einnahmen aus US-Mietzahlungen rechnet, kann sich dann an die Herren Beck und Bruch wenden, wenn er seine Tilgungsraten nicht mehr bezahlen kann und die Bank sein Haus mit Einliegerwohnung oder sein Doppelhaus versteigern lässt.

Eine weitsichtige Politik, die sich vor allem dem Wohl der einheimischen Bevölkerung und der langfristig gesicherten wirtschaftlichen Entwicklung eines Bundeslandes verpflichtet fühlt, lässt sich nicht mit den perspektiv- und hilflosen Rezepten realisieren, die der Mainzer Regierung bisher eingefallen sind. Wer wie Beck und Bruch im Blindflug in die Zukunft steuert, muss mit einer baldigen Bruchlandung rechnen.

PS: Eine Anfrage der Grünen zur Lagerung von Atombomben in Ramstein (s. LP Extrablatt 009/05) schmetterte Innenminister Bruch wie folgt ab: „Die Landesregierung wird sich nicht an Spekulationen über die Lagerung von Atomwaffen beteiligen.“ Außerdem verfüge das Land nicht über die entsprechenden Informationen, darüber hinaus sei in dieser Sache Geheimhaltung geboten. (Saarbrücker Zeitung, 23./24.04.05)

Ach, iwwerischens ...

Es gebbt beschdimmt Leit, die määnen, ich weer antiameriganisch, weil ich manchmol so frei vun de Lewwer wegg iwwer die ameriganische Barraskepp schell. Ich kann eich beruhische: Wann mich die Bischer vum Ernest Hemingway un vum Norman Mailer iwwer de Kriech net so metgenumm hedden, deden mich die Bollidigg vum Bush, sei Krieche un was sei Kriecher bei uns un annerschwo so treiwe, vielleicht garnet so uffreeche.

Uffreeche dun mich aa Leit, die in jeden ameriganische Hinnere schlubbe, der ne im

*Weißes Haus, im Pentagon oder beim Milidier immer der Weg läuft. Die dann auch noch ball
blatze vor Scholz, wannse meddeme Fetze Babier zum amerikanischen „Ehrenoberst“ be-
ferdert werre. Ich deed mich in Grund und Boden schäme und fiehle wie der Dreck am Weg,
wann ich auch noch „ehrenhalber“ zu dem Verein geheere misst, der für die Schandtate in
Hiroshima, My Lai, Guantanamo und Abu Ghraib verantwortlich is.*

*Wem das alles nix ausmacht, der kann der Leit auch wezele, er wisst nix immer die
Atombombe in Ramschde, und außerdem wer das so sowieso ganz geheim. Die faule
Ausrede glaubt bloß jemand, wo die Hosse mit der Beißzange aazieht, die Leit in un-
serer Gegend außer ganz beschimmt net.*

Wichtige Telefonnummern:

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern